

[Home](#) > [Umland](#) > [Norderstedt](#)**Verkehr: Neue Mehrheiten in den Ortsparlamenten kippen Großprojekte**

A 7: Doch keine Zubringer

Die Norderstedter Stadtvertreter haben den Anschluss beerdigt. Ein Veto zeichnet sich auch in Henstedt-Ulzburg ab.

Von Michael Schick und Frank Knittermeier

Norderstedt/Henstedt-Ulzburg - Die Veränderung der politischen Landschaft hat gravierende Folgen für die Verkehrsplanung im Kreis Segeberg. Vor wenigen Monaten noch rissen sich Norderstedt und Henstedt-Ulzburg um neue Autobahnanschlüsse, jetzt sollen diese Projekte beerdigt werden. In Norderstedt hat sich die Stadtvertretung bereits gegen den geplanten Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte entschieden, in Henstedt-Ulzburg wird die Gemeindevertretung voraussichtlich im September erneut entscheiden, ob der Anschluss Ulzburg-Mitte kommen soll oder nicht.

Am 5. Oktober 2006 fällte der Segeberger Kreisausschuss eine wichtige Entscheidung: Der Kreis Segeberg erklärte sich demnach bereit, den Bau von zwei Autobahnauffahrten in Norderstedt und Henstedt-Ulzburg zu fördern. Das Interesse des Kreises an diesen Straßen war auffällig: Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich weder die Politiker in Norderstedt, noch die Politiker in Henstedt-Ulzburg für Autobahnanschlüsse entschieden. Die Kreispolitiker begründeten ihr Votum mit der zu erwartenden Verkehrsentslastung. Die Entscheidungen in den örtlichen Vertretungen folgten später. In einem Gutachten wurden beide Autobahnanschlüsse befürwortet, wobei dem Norderstedter Anschluss jedoch eine höhere Priorität zugebilligt wurde.

Am Dienstag hat sich die Norderstedter Gemeindevertretung mit einer Mehrheit von SPD, GALiN, FDP und Linken gegen den geplanten Autobahnanschluss Norderstedt-Garstedt und die Westumgehung Garstedt ausgesprochen (wir berichteten). Zwar versuchte Arne-Michael Berg von der CDU das Millionen-Projekt noch zu retten, indem er auf die Folgen eines Verzichts hinwies: "Dann müssen wir auch neu über den Flächennutzungsplan diskutieren, denn der Autobahnanschluss und die Westtangente sind wesentliche Bestandteile des Entwicklungsplanes." Auch die Vergangenheit bemühte der CDU-Mann und warf vor allem der SPD Blockadepolitik vor. Doch Jürgen Lange von der SPD zeigte sich enttäuscht von der Argumentation: "Sie haben nicht ein Argument für den Autobahnanschluss genannt - es gibt auch keins", sagte Lange. Außerdem hätten 60 Prozent bei der Wahl für die Parteien gestimmt, die den Autobahnanschluss ablehnen. Das sei ein deutliches Votum.

[Mehr zum Artikel](#)[Erst mal Ferien in Dänemark](#)

In Henstedt-Ulzburg will die Wählergemeinschaft (WHU) mit ihrer Mehrheitsfraktion im September eine neue Ära einläuten. Zwar hätte der Bau eines Anschlusses in Höhe der Kadener Chaussee nach dem Norderstedter Verzicht eventuell bessere Finanzierungschancen, aber die WHU will das Projekt kippen. "Ein neuer Autobahnanschluss bringt uns nichts", sagt WHU-Fraktionsvorsitzende Karin Honerlah. "Für Ulzburg brächte der keine Entlastung, außerdem wären die Abstände zwischen den Anschlüssen zu kurz."

Die WHU braucht für die Durchsetzung ihres Antrages aber die Unterstützung anderer Fraktionen - und die ist keineswegs gesichert: Die CDU will den Autobahnanschluss, SPD und FDP haben sich bisher ebenfalls dafür ausgesprochen.

Nach Ansicht des scheidenden Landrates Georg Gorrissen ist es ohnehin egal, wie die Ortsparlamente entscheiden. Seine Einschätzung: "Beide Autobahnanschlüsse kommen, auch wenn die Ortspolitiker das nicht mehr wollen." Die Bewertungen des Kreises, des Landes und des Bundes seien höher einzustufen. Mit seiner Aussage steht Gorrissen allerdings im Widerspruch zum Kieler Verkehrsministerium: Dessen Sprecher Harald Haase hatte gegenüber der Norderstedter Zeitung gesagt: "Gegen den Willen der Bürger werden wir nichts entscheiden."

erschienen am 17. Juli 2008